

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 23., 24. Und 25. August 2017**

1. **Aktuelle Debatten**
2. **Antrag:**
**„Für eine gelingende Integration im Sinne unseres Grundgesetzes – für eine
konsequente Umsetzung im konkreten Alltag“**
3. **Antrag:**
**„Befristete Kettenarbeitsverträge im Schuldienst sorgen für Unsicherheit bei
Lehrern, Schülern und Eltern: Für eine verlässliche Einstellungspolitik an rhein-
land-pfälzischen Schulen.**
4. **Große Anfrage:**
Besprechung der der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion und der Antwort der
Landesregierung **„Projekt ´Persönlicher Pflegemanager` – Ankündigungen,
Konzepte, Umsetzung“**

1. Aktuelle Debatten

- „Pädagogische Konzepte zum Erhalt kleiner Grundschulen statt konzeptionsloser Schulschließungen“
- „Die CDU-geführte Bundesregierung hilft rheinland-pfälzischen Kommunen – 60 Prozent Bundesförderung für das Projekt Hochstraße in Ludwigshafen“

2. Antrag: „Für eine gelingende Integration im Sinne unseres Grundgesetzes – für eine konsequente Umsetzung im konkreten Alltag“

Akzeptanz geltender Regeln verpflichtend

Deutschland ist für viele Menschen aus anderen Kulturkreisen mit den unterschiedlichsten Fluchtgründen ein **sehr attraktives Ziel**. Es bietet in hohem Maße **persönliche und soziale Sicherheit** und zugleich verfassungsrechtlich verbürgt eine **Vielzahl an Rechten und Entfaltungsmöglichkeiten**: Auf der Basis von Freiheit und Toleranz. Für jeden, der hier leben will, muss klar sein, dass die **Inanspruchnahme der vielen Freiheits- und Sozialrechte** unseres Landes zwingend auch **Pflichten** und insbesondere die **Akzeptanz der geltenden grundlegenden Regeln** unserer Gesellschaft bedeutet. Das gilt insbesondere auch für die **Stellung der Frau**.

Freiheit und Toleranz nicht grenzenlos

Freiheit und Toleranz sind nicht grenzenlos. Denn ohne klare Regeln und Grenzen können Freiheit, Vielfalt und Toleranz keinen Bestand haben. Jedem, der hier leben will, muss klar sein, dass unser Grundgesetz **keine wertfreie Toleranz gegenüber allen Einstellungen und Verhaltensweisen** verlangt. Im Gegenteil. Um die Werte unseres Grundgesetzes verteidigen zu können, ist eine **klare Haltung gegen intolerante Menschen-, und speziell Frauenbilder** wichtig.

Klare Haltung von Anfang an

Patriarchalisch geprägte männliche Schüler und Elternteile, **die Lehrerinnen nicht anerkennen**; Schülerinnen, denen **nicht die gleichen Rechte wie ihren männlichen Mitschülern** zugestanden werden; **Ärztinnen, Hilfskräfte und Polizistinnen**, die nicht von männlichen Kollegen, Patienten oder einem anderen männlichen Gegenüber **respektiert**

werden; männliche Patienten die die **Behandlung durch Ärztinnen und Polizisten**, die den **Handschlag mit einer Frau** aus vermeintlich religiösen Gründen **ablehnen**: **All das ist in einer offenen und aufgeklärten Gesellschaft nicht akzeptabel.**

Gefragt ist hier **keine „kultursensible Kompromissfindung“**, sondern eine **klare Haltung von Anfang an**. Der Staat muss deutlich machen, was **in unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung nicht verhandelbar** ist und das **Bekenntnis** dazu einfordern.

Rückendeckung ist wichtig

Gerade auch für Sprachlehrer/innen, Lehrer/innen, Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, Ärzte/innen und Polizisten/innen, ist dieses **klare Signal wichtig**. Sie müssen wissen, wo die Grenzen der Toleranz liegen. Sie brauchen Handlungssicherheit und Rückendeckung, damit sie **konsequent auf die Einhaltung unserer Werte pochen können** und wissen, wie sie sich in den unterschiedlichen Situationen verhalten sollen.

Sicherheitsüberprüfung von Imamen als Gefängnisseelsorger

Unsere **Justizvollzugsanstalten dürfen keine Parallelgesellschaften** ermöglichen. Häufig werden hier junge Strafgefangene erst radikalisiert und einem verfassungsfeindlichen Islamismus herangeführt. Daher muss auch hier ein **strengeres Augenmerk darauf gelegt werden, wer als Seelsorger in die Gefängnisse darf** und wie sich der Gefängnisalltag strukturiert.

Handreichungen erarbeiten

Integration wird nicht erfolgreich sein, wenn es nicht gelingt, die **grundlegenden Werte unserer Verfassung** zu vermitteln. Mehr noch. Wir müssen **konsequent ihre Einhaltung einfordern**. Allerdings reicht nicht der Verweis auf die abstrakten Formulierungen unseres Grundgesetzes. Wir brauchen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche, die besonders intensiv mit Fragen der Integration befasst sind, **ganz konkrete Leitlinien**, die die allgemeinen Werte unserer Verfassung in den Alltag übertragen.

Das ist **wichtig für die Migranten** und die **Anhänger eines archaischen Islams**, die neu zu uns kommen. Aber auch für viele, **die bereits länger in Deutschland leben**. Ihnen muss deutlich werden, welche Einstellungen und Handlungen in Deutschland keine Zukunft haben.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- Sie muss für Rheinland-Pfalz **detaillierte Handreichungen zum Umgang mit kulturellen Konfliktsituationen** für Polizei, Justiz, Schule, Kindertagesstätte, Sozialarbeit und Ärzte vorlegen.

Die Handreichungen sollen den Verantwortlichen **Handlungssicherheit geben** und sie stark machen, um unsere Verfassungswerte konsequent durchzusetzen, aber auch **Richtlinie für den eigenen Umgang** mit Kolleginnen, Kindern, Jugendlichen, Eltern und Bürgern sein.

Dabei muss klar sein, dass es **keine Kompromisse bei Frauenrechten oder Antidiskriminierung** aus vermeintlich religiösen oder „Ehre“-Gründen geben kann. Bei Landesbediensteten muss dies bei der Einstellung klar und konkret zur Sprache kommen und auf Einwilligung als Einstellungsvoraussetzung treffen;

- Sie muss die **Ausweitung verpflichtender Integrationskurse** und eine Ausarbeitung einer **verpflichtenden Hausordnung** vorantreiben, die den Migranten für den Alltag deutlich macht, welche Einstellungen und Handlungen bei uns keine Zukunft haben;
- Sie muss eine **erweiterte Sicherheitsüberprüfung für islamische Geistliche** einführen, die als **Gefängnisseelsorger** tätig sind. Das gleiche gilt für diejenigen, die mit radikalisierten Jugendlichen im Rahmen von **Deradikalisierungsmaßnahmen** arbeiten.

3. Antrag: „Befristete Kettenarbeitsverträge im Schuldienst sorgen für Unsicherheit bei Lehrern, Schülern und Eltern: Für eine verlässliche Einstellungspolitik an rheinland-pfälzischen Schulen“

Vielen Junglehrern fehlt Planungssicherheit

Stellen Sie sich vor, Sie wollen eine **Familie gründen und Wohneigentum erwerben**, aber die **Bank versagt Ihnen den notwendigen Kredit**. Für viele junge voll ausgebildete Lehrer in Rheinland-Pfalz ist das Realität, weil sie wegen einer **fehlenden Festanstellung**

lung im Landesdienst nicht als kreditwürdig angesehen werden. Sie **hangeln sich als sog. Vertretungslehrer von Kurzzeitvertrag zu Kurzzeitvertrag**. Dabei sollten Vertretungsverträge eigentlich die Ausnahme sein.

Selbst die **Verlängerung solcher Vertretungsverträge wird häufig zur Hängepartie** zwischen Schule und ADD. Selbst die **berufliche Kurzzeitperspektive** der Lehrkräfte bleibt immer wieder über Wochen **im Unklaren**. Die Folge ist **mangelnde Planungssicherheit** im Arbeitsleben und damit für die Lebensgestaltung.

Schulablauf und die Qualität des Unterrichts leiden

Aber nicht nur die private Lebensgestaltung wird belastet. Insbesondere auch **Schulablauf und die Qualität des Unterrichts leiden**. Denn die Vielzahl der Vertretungsverträge führt zu **häufigen Lehrerwechseln** und behindert so einen kontinuierlichen und vertrauensvollen Lernprozess. Das **schadet dem Lernerfolg** der Schülerinnen und Schüler. Sie müssen sich immer wieder auf neue Lehrer einstellen. Obwohl an vielen Schulen offensichtlich ist, dass **Lehrkräfte** für den vorgesehenen Unterricht **strukturell und nicht nur temporär fehlen**, wird auf so genannte Vertretungskräfte gesetzt.

Schülerzahlen werden steigen

Aktuelle Prognosen zeigen, dass es in den kommenden Jahren **steigende Schülerzahlen** und damit erhöhten Lehrerbedarf geben wird. **Kurzzeitverträge** sind auch vor diesem Hintergrund **kontraproduktiv**. Sie führen dazu, dass in Rheinland-Pfalz mit Steuergeld **gut ausgebildete Lehrkräfte in benachbarte Bundesländer abwandern**. Dort werden ihnen eine reguläre Planstelle und eine Entwicklungsperspektive angeboten. Nur wenn Rheinland-Pfalz seinen **Lehrerarbeitsmarkt attraktiver gestaltet**, können gut ausgebildete Junglehrkräfte hier gehalten werden.

Verlässliche Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung für **motivierter Lehrer** und damit für **guten Unterricht** und für eine **verlässliche und qualitativ hochwertige Unterrichtsversorgung**.

Staat und öffentliche Hand haben Vorbildfunktion als Arbeitgeber

Die Landesregierung wird ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht. Sie praktiziert im rheinland-pfälzischen **Schuldienst prekäre Anstellungsverhältnisse**, die sie keinem Arbeitgeber in der freien Wirtschaft durchgehen lassen würde. So werden die eigenen Forderungen an die Wirtschaft zu reinen Lippenbekenntnissen.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- Sie soll mit **gutem Beispiel** bei den Anstellungsverhältnissen im Schuldienst und als Arbeitgeber im Land **voran gehen**.
- Sie soll die **Zahl und die Dauer der Vertretungs- und befristeten Kettenarbeitsverträge**, die über Jahre hinweg mit einer Lehrkraft geschlossen werden, deutlich **reduzieren**.
- Sie soll dauerhaft fest benötigte Lehrerstellen **nicht mit dauerhaft befristeten Lehrerstellen besetzen**.
- Sie soll mit der **Vorgabe Unterrichtsversorgung von 100plus zu arbeiten**, die den Schulen Planungssicherheit gibt.
- Sie soll jeder Schule einen **selbstbewirtschafteten Stundenpool** zur Unterrichtsvertretung zuweisen.

4. Große Anfrage „Projekt „Persönlicher Pflegemanager“ – Ankündigungen, Konzepte, Umsetzung“

Pflegebedarf steigt

Die **Menschen werden immer älter**. Die **Medizin wird immer leistungsfähiger**. Das ist gut so. Eine Folge einer immer älter werdenden Gesellschaft ist ein **erhöhter Pflegebedarf für betagte Menschen**. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich deshalb seit langem für ein **in sich geschlossenes Konzept zur Bewältigung des demografischen Wandels** ein. Der **Pflegebereich** ist dabei natürlich ein **Kernthema**.

„Persönlicher Pflegemanager“ als Wahlkampfhit?

Ein „**Persönliche Pflegemanager**“, der individuell auf die Bedürfnisse der zu Pflegenden eingeht und sie berät? **Klingt erst einmal gut**. Genau das wurde den Rheinland-Pfälzern **von Ministerpräsidentin Dreyer vor der Landtagswahl versprochen** und fand Eingang ins Wahlprogramm der SPD. Pflegemanager als Helfer im Pflegefall **würden ab 2016 schrittweise umgesetzt** – durch Aufwertung der Pflegestützpunkte. Sie sollten **mehr Personal und mehr Kompetenzen** bekommen. **Fachkräfte in den 135 Pflegestützpunkten** würden dazu Schritt für Schritt zu „**Persönlichen Pflegemanagern**“ weiterentwickelt. Soweit die Theorie. Und die Praxis?

Große Anfrage macht Praxistest

Die Einführung eines „Persönlichen Pflegemanagers“ **kann durchaus sinnvoll sein**, wenn damit **eine echte qualitative Verbesserung für die zu Pflegenden** verbunden ist. Mit einer großen Anfrage sind wird deshalb insbesondere der Frage nachgegangen, **was den Pflegemanager von den Fachkräften in den Pflegestützpunkten unterscheidet**. Die **Antwort der Landesregierung ist ausweichend, diffus und damit ernüchternd**. Im Kern seien die Fachkräfte nach einer Qualifizierung für ihre Tätigkeit **„noch besser fachlich vorbereitet“**. **Unkonkreter geht es kaum**. Was der Pflegemanager ganz präzise leisten soll, was besser wird, wo die konkrete Leistungssteigerung liegt, bleibt offen. Und das bei geplanten Aufwendungen in Millionenhöhe.

Auch auf die Frage nach der **Zahl der Pflegemanager** und ihren **Einsatzorten** gibt es keine Antwort. Noch nicht einmal dazu, in **welchen ausgewählten Regionen** sie in **welcher Anzahl** und **zu welchem Zeitpunkt** mit ihrer Tätigkeit beginnen sollen.

Landesregierung konzeptlos

Wer den Begriff des „Persönlichen Pflegemanagers“ in die Welt setzt und damit **Hoffnungen weckt**, von dem sollte man eigentlich erwarten, dass er ein **Konzept in der Tasche** hat. **Nicht so die Landesregierung**. Innerhalb eines Jahres nach der Landtagswahl hat sie **gerade einmal einen Workshop durchgeführt** - im April 2017 -. Dabei wurde deutlich, dass sie bis heute außer dem wahlkampf-tauglichen Begriff „Persönlicher Pflegemanager“ **keine konkreten inhaltlichen Vorstellungen geschweige denn ein Konzept zu Ausgestaltung und Aufgaben** hat.

Pflegemanager muss echten Mehrwert haben

Wir erwarten von der Landesregierung, dass Sie ihre **Versprechungen gegenüber den Rheinland-Pfälzern nun mit Leben erfüllt**. Wenn Sie den „Persönlichen Pflegemanager“ einführt, dann **reicht nicht ein neuer Name für die gleichen Aufgaben**. Denn das rechtfertigt nicht den Griff in den Steuertopf. **Der Pflegemanager muss so ausgestaltet sein, dass er einen echten Mehrwert für die zu Pflegenden hat**.